



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

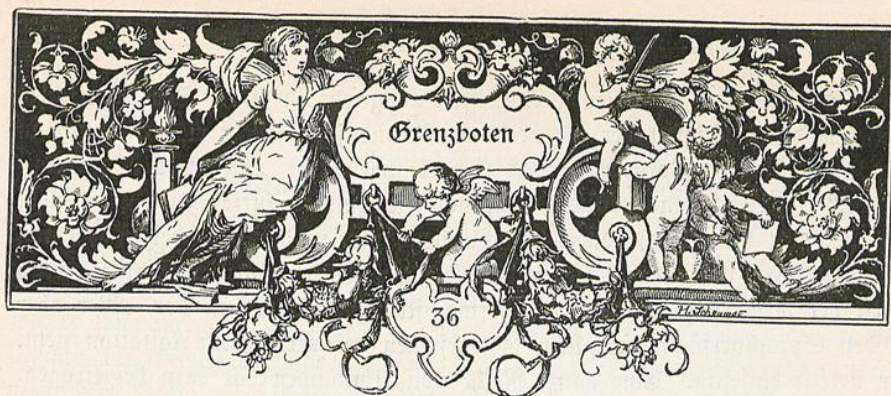
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Petersen, H.: Zum deutsch-dänischen Streit : eine Erwiderung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zum deutsch-dänischen Streit

Eine Erwiderung von H. Petersen



ine eigentümliche Erscheinung: jetzt, neunundzwanzig Jahre nach der Einverleibung Schleswig-Holsteins in das Königreich Preußen und sechsundzwanzig Jahre nach der Einigung Deutschlands, ist der nationale Streit hier im nördlichen Schleswig heftiger denn je entbrannt. Einerseits liest man täglich in den Zeitungen der Protestler die heftigsten Ausfälle gegen Maßnahmen der Behörden, gegen die Deutschen hierzulande und alles, was deutsch ist, andererseits begegnet die national-deutsche Presse in ihrer Mehrheit diesen Angriffen mit scharfen Widerlegungen und klagt die Gegner der „wüsten Agitation“ an. In dem ersten Jahrzehnt nach der Trennung des Landes von Dänemark waren ruhigere Zustände. Nur in Städten und größern Orten gab es heftige Wahlkämpfe bei politischen, Gemeinde- und Kirchenwahlen. Auf dem flachen Lande kannte man die jetzige Agitation gar nicht, weil dies die unbestrittne Domäne der Protestler war. Diese brauchten überall ihre Macht, wie es H. P. Hansen, der letztgewählte Landtagsabgeordnete der Dänen, in seinem Buch „Sønderjyderne under Fremmedherredømmet 1864—1888“ erzählt. So heißt es Seite 8: „In den Verwaltungen der Privatvereine, in den Gemeinderäten und in den Kirchspielsvorständen warf man die Deutschen vor die Thür,“ Seite 29: „Mit einem deutschen Kaufmann Geschäfte zu machen oder bei einem deutschen Gastwirt einzukehren, ward als eine Schmach angesehen und war für viele eine Unmöglichkeit. Der gesellschaftliche Verkehr mit den einheimischen Deutschen wurde abgebrochen, ihre Kinder von den Schulkindern und den jungen Leuten verhöhnt und aufgezogen, sodaß sie sich der Gesinnung ihrer Eltern schämten.“ Aber alle die kleinen Chikanen und die Bedrückungen der einheimischen Deutschen kamen damals nicht ans Licht, die Betroffenen scheuten sich geradezu, sie zu

veröffentlichen, um nicht neuen Angriffen ausgesetzt zu sein. Der Unterschied zwischen der Thätigkeit der Gegner damals und jetzt besteht eigentlich nur in dem planmäßigen Vorgehen. Das ist das sogenannte „Anschwellen der Agitation.“ Fernerstehende, auch Deutsche, die einmal kurze Zeit hier gelebt haben, sehen die Ursache dieses Anschwellens nur in der veränderten Haltung der Behörden, vor allem auf dem Gebiete der Kirche und der Schule. Man wirft der Regierung rücksichtslose Germanisirungsbestrebungen vor. Wer aber in den Sprachverfügungen allein die Ursachen der vermehrten Agitation sieht, der urteilt einseitig. Eine ganze Reihe von Umständen hat dazu beigetragen.

Nach 1867 fanden sich die dänischgesinnten Nordschleswiger, abgesehen von den schon erwähnten Chifanen gegen deutschgesinnte und von gelegentlichem Demonstrieren, in ruhiges Abwarten; hofften sie doch auf baldige Wiederabtretung mindestens der nördlichsten Bezirke an Dänemark. Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges entfachte diese Hoffnung fast zu gewisser Erwartung. Man zweifelte nicht an einer Niederlage der deutschen Waffen. Nun kam es aber anders: Napoleon konnte nicht in einem Frieden zu Berlin die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark vorschreiben. Die Erfüllung von § 5 des Prager Friedens schien mindestens in weite Ferne gerückt. Die Schulbehörde ging allmählich mit der Einführung deutscher Stunden vor. Als dann von Bismarck die Aufhebung des § 5 herbeigeführt wurde, aus dem die Bevölkerung ein Recht für sich ableiten wollte (obgleich Preußen diese Klausel nur gegenüber dem vertragschließenden Oesterreich angenommen hatte), da begann eine straffe Organisation der Dänen. Sie errichteten 1881 den Sprachverein (zur Bewahrung der Muttersprache), etwas später den Wahlverein und dann zahlreiche Vortragsvereine.

Nun wird man sagen, das sei doch an sich nichts verwerfliches, keine „wüste Agitation.“ Gewiß nicht, die Vereinsgründungen an sich nicht. In einer Grenzlandschaft, in der die dänische Regierung seit den dreißiger Jahren langsam, seit 1851 mit Hochdruck die dänische Sprache eingeführt hatte, und die zu diesem Zweck mit national-dänischen Beamten überschwemmt worden war,*) durfte man gewiß nicht erwarten, daß in kurzem alles deutsch werden

*) Im Jahre 1858 war hier ein dänischer Generalsuperintendent, von den 292 Pfarrstellen waren 156 mit Dänen, 126 mit Eingebornen besetzt (10 waren erledigt). Im Norden stand es so: In der Propstei Törninglehn waren sämtliche 25 Pfarren mit Dänen besetzt, in der Propstei Hadersleben 24 von 27, in der Propstei Apenrade 13 von 19, in der Propstei Sonderburg 8 von 12, in der Propstei Flensburg 29 von 36, in der Propstei Tondern 22 von 47, auf Alsen und Arroe 17 von 20. Nach Süden nahm die Zahl der Ausländer ab, doch hatte die Propstei Gottorf unter 24 noch 10 Dänen. An den Gymnasien zu Hadersleben, Flensburg, Schleswig (Domschule) und Husum (höhere Schule) waren 11 von 11, 15 von 17, 9 von 11, 1 von 4 Dänen. Unter den Amtmännern waren 3 von 9, unter den Beamten des Landes 57 von 81, unter denen der Städte 11 von 19 Dänen. Von den Physikern waren 10 von 11 aus Dänemark.

oder auch nur müßig zusehen würde, wie das Deutschtum allmählich an Boden gewinne. Es soll nur damit bewiesen werden, daß die weitergehende Sprachverfügung des Oberpräsidenten vom 18. Dezember 1888 an dem Anschwellen der Agitation nicht schuld gewesen sein kann. Als sie erschien, war die Organisation schon da. Früher oder später mußte es zu einem heftigen Kampfe kommen. Die deutsche Sprache, vierzehn bis zwanzig Jahre lang mit Gewalt niedergehalten, hatte „Bahn frei“ bekommen und rückte wieder langsam gegen Norden vor. Nach 1864 waren viele Beamte, Staatsbeamte wie Gemeindebeamte, aus dem Süden Schlesiens, aus Holstein oder aus andern Provinzen ins Land gekommen. Es siedelten sich deutsche Landleute und Gewerbetreibende an. Die vorher ziemlich alleinstehenden Deutschen fingen an, aus ihrer Passivität herauszutreten, und unterstützten einer den andern. Sie traten mit an die Wahlurne. Als dann gar einzelne Gemeinden, besonders in den Kreisen Apennade und Tondern um die Einführung der deutschen Schulsprache baten, und die Regierung den Gesuchen entsprach, weil sie von der Mehrheit unterzeichnet waren, da merkte man im Lager der Dänen, daß ihnen das Gebiet, das bisher ihre Domäne gewesen war, langsam entrissen und ihrer Macht entrückt wurde. Dazu hatten noch andre Umstände Einfluß gewonnen: die Militärdienstzeit, von der Flensburg Avis in einer Betrachtung über den „Sedantag in Flensburg“ 1895 sagt: „Die preußischen Schulen und das Militärwesen verschlucken unsre Jugend und geben sie nicht unbeschädigt zurück,“ die Kampfgenossen- und Kriegervereine, die deutsche Presse, der ganze nach Süden gehende Zug im gewerblichen Leben — all diese Einflüsse machten es den Dänen klar: man nimmt uns allmählich das Heft aus der Hand, wir müssen uns kräftig wehren, müssen uns „organisiren“! Also nicht die Behörde war schuld durch ihren „unleidlichen Zwang,“ nicht einzelne Vereine, die etwa angriffsweise gegen die politischen Gegner vorgegangen wären; als die dänischen Vereine gegründet wurden, bestand der so sehr angefochtene „Deutscher Verein für das nördliche Schleswig“ noch gar nicht. Der Fortschritt der deutschen Sprache, des deutschen Wesens und der ganzen deutschen Kultur nach Norden drohte dem Dänentum den Boden unter den Füßen zu entziehen. Und doch ist dieser Fortschritt der deutschen Sprache auf die Dauer wohl nicht aufzuhalten.

Um den häufigsten Beschwerden der angeblich vergewaltigten Dänen entgegenzutreten, will ich nun auf einige etwas näher eingehen. Wie steht es in Schule und Kirche?

Die Instruktion der Königlichen Regierung zu Schleswig vom 17. August 1871 für die Erteilung des Unterrichts im Deutschen in den dänischen Schulen Nordschlesiens bestimmte, daß im ersten und zweiten Schuljahre kein Unterricht im Deutschen, vom dritten Jahre an 6 Stunden Deutsch gegeben werden sollten. Der Religionsunterricht blieb dänisch. Am 9. März 1878 fand durch Instruktion der Regierung eine Neuordnung statt, und zwar in folgender Weise:

1. Unterstufe: 6 halbe Anschauungs- und Sprechstunden; 2. Mittelstufe: 3 Stunden Lesen, 2 Stunden Anschauung, 1 Stunde Schreiben, 1 Stunde Singen. 3. Oberstufe: 3 Stunden Lesen, 2 Stunden Schreiben, 1 Stunde Sprachlehre, 1 Stunde Singen. Deutsche Unterrichtssprache wurde eingeführt auf der Mittelstufe für 2 Stunden Heimatskunde, 1 Stunde Kopfrechnen, auf der Oberstufe für 2 Stunden Geographie, 2 Stunden Geschichte, 1 Stunde Kopfrechnen und auf beiden Stufen für Turnen. Die letzte Verfügung endlich, die vielbesprochene vom 18. Dezember 1888, bestimmte, daß überall, wo dänische Kirchensprache herrscht, der Religionsunterricht in dänischer Sprache erteilt, im übrigen die deutsche Sprache zur Unterrichtssprache gemacht werden solle. Die Ober- und die Mittelstufe erhielten 4 Stunden dänischen Religionsunterricht, und 2 Stunden wurden zur Wiederholung des Penjums in deutscher Sprache angelegt. So liegen die Verhältnisse noch jetzt, nur daß viele Gemeinden darum eingekommen sind, auch den Religionsunterricht ganz deutsch zu erteilen.

Jeder Unbefangene wird gestehen, daß das Deutsche in sehr gemäßigtem Tempo eingeführt worden ist. Man bedenke die Zeiträume 1864—1871—1878—1888. Aber die Protestblätter haben gegen die Ausschließung des Dänischen anhaltende Klagerufe erhoben, indem sie von „Sprachmord“ faselten. Nun, von „Sprachmord,“ von Ausrottung des Dänischen als Landessprache, kann gar nicht die Rede sein. Die dänische Sprache, die in den Schulen nicht mehr oder nur in vier Religionsstunden gebraucht werden soll, ist ja nicht die Landessprache, sondern wird im täglichen Leben kaum von ein bis zwei Prozent gesprochen. Die Sprache der Bevölkerung ist ein „Niederdeutschskandinavisches“ (v. Pfister-Schwaighusen) und wird in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr mit deutschen Wörtern und Wendungen durchsetzt. Diese Sprache will sicherlich keine Behörde und kein einheimischer Deutscher ausrotten. Es handelt sich einfach darum: die Schüler sollen mit solcher Kenntnis des Deutschen aus der Schule gehen, daß ihnen die deutsche Kultur zugänglich wird. Des Dänischen, d. h. des Schriftdänischen, können die Schüler im Durchschnitt ganz entbehren. Im täglichen Leben auf der heimatlichen Scholle kommt der Bauer mit seinem „Platt“ aus, auf seinen Geschäftsreisen, die ihn zur nahen Stadt führen, meistens auch, höchstens fühlt er einmal den Mangel, nicht deutsch sprechen zu können, nie aber den, im Hochdänischen nicht ganz fest zu sein. Auf größern Märkten muß sich jeder, so gut es geht, ans Deutsche, wenn auch ans mundartliche gewöhnen. Es ist ein Irrtum, in dem sich freilich oft die südlicher wohnenden Landsleute befinden, daß hier im Norden so gut wie niemand Deutsch sprechen könne. Gerade umgekehrt liegt es: es würde an manchen Stellen schwer sein, Leute zu finden, die kein Wort deutsch sprechen oder doch verstehen können, wenn sie — wollen.

Die Protestler fordern immerfort die Einschaltung von zwei dänischen Sprachstunden, weil die Kinder nicht mit Nutzen am Religionsunterricht und

am Gottesdienst im Dänischen teilnehmen könnten. Die Forderung klingt ja bescheiden, so bescheiden, daß selbst Deutsche im Parlament und deutsche Stimmen in den Preussischen Jahrbüchern und in den Grenzboten gemeint haben, diese Forderung müsse ihnen gewährt werden. Aber sämtliche Lehrer, die noch dänischen Religionsunterricht erteilen ohne dänischen Sprachunterricht, haben auf meine Frage erklärt, es ginge so sehr gut. Dieselbe Antwort haben die Revisionsbeamten der Regierung und des Konsistoriums erhalten. Auf der vor kurzem abgehaltenen Synode in Gram (Propstei Törningelehn, also im äußersten Norden) klagte ein weltliches Mitglied nach einem Vortrag über „äußere Mission,“ die Kinder lernten kein Dänisch, das man verstehen könne. Da wies ihn der Propst zurück, indem er bezeugte, seine Konfirmanden hätten immer so geschrieben, daß es jeder verstehen könne, und als der erste Redner bei seiner Behauptung blieb, erklärte der Propst: „Bei Prüfungen in meinen Schulen hat sich gezeigt, daß die Kinder sehr gut verständliches Dänisch schreiben konnten. Ich habe es mehrere male Eltern gezeigt, die anwesend waren, und sie haben es für gut erklärt.“ Zwei andre Pastoren bestätigten diese Aussage, der eine nur mit der Einschränkung, er habe bisweilen einen deutschen Buchstaben gefunden. Also geht es sehr gut auch ohne die zwei Sprachstunden. Die Kinder sind bei vier Religionsstunden in dänischer Sprache durchaus imstande, dem Gottesdienst im Dänischen zu folgen.

Nun kommt aber noch die Rehrseite der Sache. Die zwei Stunden dänischen Sprachunterrichts hätten die Dänen noch lange nicht befriedigt. Den Beweis liefert die dänische Protestpresse. Nachdem der Sprachantrag Johannsens über die zwei dänischen Stunden abgelehnt war, erschien in vier dänischen Zeitungen ein Artikel als Gesandtschaft („Stimme aus dem Volk“), worin wöchentlich zehn bis zwölf Stunden dänischen Unterrichts verlangt wurden — zum Anfang. Und so sollte es „mit kleinen Schritten vorwärts“ gehen. Um zugleich den Ton, der in diesen Blättern angeschlagen wird, zu kennzeichnen, braucht nur angeführt zu werden, wie der Verfasser von den Pastoren redet, die fast ohne Ausnahme zugleich Ortsschulinspektoren sind: „Wir Laien können auch von den Pastoren verlangen, daß sie etwas durchgreifendes für das Dänische in den Schulen thun. Sollten sie dazu nicht willig sein, so werden wir unsre Verhaltungsmaßregeln treffen.“ Was das heißen soll, erklärt dann der Satz: „Wir sind nicht dazu aufgelegt, in der Kirche zu bleiben, bis sie uns als ganz deutsch über den Ohren zusammenfällt,“ d. h. wir treten aus der Landeskirche aus und bilden Freigemeinden. Damit komme ich auf das Gebiet der Kirche.

Schon 1864 wurde eine wichtige Bestimmung in Betreff der Kirchensprache getroffen. In den Gemeinden, wo vor Erlass des dänischen Sprachreformats von 1851 dänischer Gottesdienst gewesen war, blieb er ganz dänisch, in den

anerkannt deutschen Gegenden, in Angeln und Südschleswig, wurde rein deutscher Gottesdienst eingeführt, in gemischtsprachigen Kirchspielen fand eine Abstimmung der Hausväter statt, ob sie rein deutsche Schul- und Kirchensprache oder dänische und deutsche Kirchensprache wünschten. Wo es zweifellos erschien, daß beide Sprachen nötig wären, wurde so verfügt. In den Städten Nordschleswigs wird noch heute allsonntäglich dänisch und deutsch gepredigt. Die damals mehr der dänischen Sprache zuneigenden Kirchspiele behielten also die dänische Kirchensprache als die alleinige, nebenbei gesagt, nicht immer mit Recht. Um nur einen Fall hervor zuheben: In Bügumkloster bestand seit 1739 ein monatlicher deutscher Gottesdienst. Dieser hatte sich erhalten bis zum Jahre 1849, wo ein Prediger dahin berufen wurde, der nicht Deutsch konnte. Nun kamen aber einzelne Gemeinden mit Petitionen ein um Gewährung von sechs bis zwölf deutschen Gottesdiensten im Jahre. Hatten diese Eingaben zahlreiche Unterschriften, und konnten triftige Gründe dafür angeführt werden, so genehmigte das Konsistorium von Fall zu Fall eine beschränkte Zahl deutscher Gottesdienste. Einmal im Monat oder gar aller zwei Monate ein deutscher Gottesdienst — das ist doch wohl nicht zu viel für ansässige Bauern und Gewerbetreibende, Beamte, Dienstboten usw. Trotzdem hat die gegnerische Presse stets gewaltig Lärm geschlagen, wenn ein solcher Antrag gestellt wurde. Um die Zuverlässigkeit eines solchen Blattes (Flensburg Avis) ins rechte Licht zu setzen, will ich noch folgendes mitteilen: Im Kirchspiel Høist (Kreis Tondern) baten 83 Gemeindeglieder um sechs deutsche Gottesdienste im Jahre. Flensburg Avis bemerkte dazu, von diesen 83 verstünden mehrere nicht ein Wort Deutsch, und andre besuchten nie die Kirche. Das Konsistorium bewilligte die sechs deutschen Gottesdienste, und nun ist kürzlich der amtliche Synodalbericht erschienen, worin es heißt, daß in Høist durchschnittlich 80 Personen den deutschen Gottesdienst besuchten.

Soweit meine Kenntnis reicht, ist die höchste Zahl deutscher Gottesdienste auf dem Lande Nordschleswigs fünfzehn (aber selten), sonst zwölf oder sechs im Jahre. Das ist doch nicht zu viel, nachdem die Jugend schon mindestens sieben Jahre auch deutschen Religionsunterricht gehabt hat, ja in manchen Gemeinden dänischer Religionsunterricht gar nicht mehr vorkommt. Kann da, frage ich jeden Unbefangenen, von Vergewaltigung der Dänen die Rede sein? Treiben wir Deutschen sie damit aus der Kirche? Auch hier gilt das schon Gesagte: es ist ihnen teilweise ihre Domäne streitig gemacht worden, darum die Klagen. Solange die Dänen in der Kirche die Macht hatten, zeigten sie auch hier deutschfeindliche Gesinnung in den kleinlichsten Chikanen. So gab z. B. kein Kirchenvorstand die Erlaubnis, eine Gedenktafel für die im Kriege 1870/71 Gefallnen anzubringen, und doch waren es ihre Kirchspielgenossen, die man ehren wollte!

Ernster als solche Kleinlichkeiten ist das Bestreben, das sich jetzt zeigt,

Freigemeinden zu bilden. Der Däne und auch der Nordschleswiger ist kirchlich. Wie gewöhnlich, wo starkes religiöses Leben herrscht, blüht auch in Dänemark die Sektirerei. Es giebt hier viele Sekten. Daneben fängt jetzt der Grundtvigianismus an, stark einzugreifen. Der Synodalbericht der Propstei Apenrade erklärt ihn für schlimmer als die Sekten. Das Verderbliche dieser nach einem dänischen Geistlichen benannten Richtung für die Staatskirche liegt darin, daß sie die Politik mit der Religion verquickt. Grundtvigianismus ist dänisches Christentum. Ein Pastor im Königreich Dänemark, einer der Führer der hochkirchlichen Partei, äußert sich unter anderm über Grundtvig, daß er zwar die persönliche Selbstgerechtigkeit bekämpft habe, aber „er ließ sich durch sein warmes Herz verleiten, die nationale Selbstgerechtigkeit aufzustellen, indem er wieder und wieder das dänische Volk pries wegen seiner Tugenden als das »liebliche, weiche Herzensvoll, das Volk, das Gott nicht entbehren könnte« u. dgl. m.“ Ein deutscher Grundtvigianer ist ja nicht zu denken. Ist nun jemand über irgend etwas in der Kirche unzufrieden, so wendet er sich den Grundtvigianern zu. Früher trat er dann aus der Landeskirche aus, jetzt ist die Taktik geändert, er bleibt in der Landeskirche, zahlt seine Kirchensteuern und — behält sein kirchliches Wahlrecht. Die Freigemeinden halten ihre eignen Pastoren, zur Zeit drei, die im Lande predigen, bald hier, bald da. Daß die ganze Freigemeindenbewegung nur Zuchtrute gegen die Landeskirche und ihre Geistlichen ist, beweist ein Fall aus der Propstei Apenrade. Ein Kirchenältester, der sich also durch Handschlag vor dem Altar verpflichtet hatte, bisher auch mit dem Ortsgeistlichen auf freundschaftlichem Fuße gelebt hatte, ließ seine Tochter durch den Prediger der Freigemeinde trauen. Was war der Grund? Der Ortsgeistliche, nebenbei gesagt, ein Mann, der nie politisch hervorgetreten ist, hatte am 1. September auf Anordnung der Behörden der politischen Bedeutung des Tages für das deutsche Vaterland gedacht. Die Folge war, daß der Kirchenälteste als solcher und als Mitglied der Synode entlassen wurde. Daß die ins Leben gerufne Bewegung für die Freigemeinden nur politische Gründe hat, ergiebt sich aus der Nummer des Flensburg Avis vom 9. April 1896, wo gesagt wird, in der christlichen und kirchlichen Lehre sei kein ausgeprägter Unterschied zwischen den Freigemeinden und der Staatskirche. Was also manche fanatische Dänen aus der Kirche treibt, ist einerseits das bescheidne Teil deutscher Gottesdienste, andererseits die Dankespredigten an einzelnen nationalen Festtagen. Es ist dieselbe Gesinnung, die der Hofbesitzer Phil. Möller in Jägerup schon vor Jahren an den Tag legte, als er in öffentlicher Synode die Abschaffung der Fürbitte für den Kaiser anregte. Bei solchen Gründen wird wohl keine deutsche Stimme auf kirchlichem Gebiet die Partei der Dänen ergreifen.

Nur Kirche und Schule aber sind die heiß umstrittenen Stellungen in unserm Volksleben. Im täglichen Umgange herrscht kein solcher politischer

Kampf, wie es ein Leser der sich streitenden dänischen und deutschen Presse wohl annehmen mag, da verkehren wir friedlich, höflich, wie denn gern zugestanden werden soll, daß der Nordschleswiger eine ruhige Natur ist. Sobald aber die Presse und die agitatorischen Vereine in Thätigkeit kommen, da scheiden sich die Bewohner wieder in zwei Lager. Die dänische Presse sorgt nach Kräften dafür, daß keine Versöhnung zu stande komme, allen voran das Protestblatt Flensborg Avis. Es hat ein paarmal an größere deutsche Zeitungen zweisprachige Artikel über seine Preßprozesse gesandt, um nachzuweisen, wie ungerecht die Protestpresse beurteilt werde. Es verlohnt nicht der Mühe, sie alle hier zu besprechen. Nur zweier will ich gedenken.

Da ist zunächst als neuester der bekannt gewordne Rechtsstreit „Foren Ordensstyld.“ Schon vor längerer Zeit war der Redakteur des Blattes verurteilt worden wegen Beleidigung eines deutschen Amtsrichters. Es war dem Amtsrichter vorgeworfen worden, er habe bei einer Festlichkeit u. a. an den Kaiser ein Huldigungstelegramm gesandt, „vielleicht um einen Orden zu erhalten.“ Auf Grund eines wissenschaftlichen Gutachtens zweier Kopenhagener Professoren war die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet worden, und kürzlich hat in Flensburg beim Landgericht von neuem Verhandlung stattgefunden. Auch diese endete mit der Beurteilung der Angeklagten. In der Urteilsbegründung hieß es: dem Gericht ist es nicht zweifelhaft gewesen, daß die Worte „foren Ordensstyld“ in klassischem Dänisch heißen: „der Ordnung wegen.“ Hier kommt es aber darauf an, wie der Ausdruck hierzulande verstanden wird. Der angeklagte Redakteur hatte selbst im ersten Verhör zugegeben, daß die Worte auch heißen könnten „wegen eines Ordens,“ d. h. um ein Ordenszeichen zu erlangen. Dazu kommt, daß das „vielleicht“ bei der andern Auslegung, „der Ordnung wegen,“ gar keinen Sinn hätte.

Eine Härte scheint Fernerstehenden auch in dem Verbot des Ausdrucks „Südjütland“ für „Schleswig“ zu liegen. Flensborg Avis hat da nachweisen wollen, daß der verbotne Name in ältern Geographien vielfach gebraucht worden sei, und noch bis in die neueste Zeit herein. Aber darauf kommt es gar nicht an. Thatsache ist, daß im Volksmunde unser Land in diesem Jahrhundert immer Schleswig geheißen hat. Es ist keinem Schleswiger jemals eingefallen, sich „Jylländer“ zu nennen. *) Der Ausdruck ist aufgenommen worden, um damit zu demonstrieren, zu erkennen zu geben: Schleswig gehört rechtlich wie das eigentliche Jütland zu Dänemark. Der Ausdruck „Südjütland“ ist aber durchaus nicht gäng und gäbe bei nordschleswigischen Dänen, nur in Versammlungen, Vorträgen und in der Presse ist er gebraucht worden. Dabei nennt sich die eine Ausgabe von Flensborg

*) Der Ausdruck „Jylländer“ hatte sogar immer einen beleidigenden Beigeschmack, galt für einen Schleswiger als Schimpfwort.

Wiss seit vielen Jahren „Westflenski Tidende,“ und eine andre für die Jugend bestimmte Zeitschrift „Illustrirtes Kinderblatt für Nordschleswig,“ und eine Sonntagsbeilage des Flensborg Avis trägt den Titel „Nordschleswigsches Sonntagsblatt.“ Wären die Herren von der Berechtigung und Richtigkeit des Ausdrucks „Südjütland“ so sehr überzeugt gewesen, so hätten sie wohl ihre Blätter darnach benannt; aber sie hatten ja selbst bisher nur den Namen Schleswig gebraucht, und so ging es nicht gut an, plötzlich den Titel zu ändern, als zu Demonstrationszwecken der alte Name gebraucht wurde.

Der Presse zur Seite stehen die dänischen Vereine, von denen schon kurz die Rede war. Der Sprachverein hat in jedem Kirchspiel Bibliotheken, zu denen jährlich tausende von dänischen Büchern aus Dänemark geschenkt werden. Der Wahlverein hat überall seine Vertrauensmänner, die dafür zu sorgen haben, daß auch der letzte Mann zur Wahlurne kommt. Die Vortragsvereine sammeln dänisch gesinnte Männer zu geselligem Beisammensein bei Rede und Gesang. Die Redner sind meistens Zeitungsredakteure und deren Sekretäre. Die Vorträge sind mit wenigen Ausnahmen politischen Inhalts. Alle diese Vereine bestanden vor 1888 (Sprachverfügung), dienen also nicht der Verteidigung, auch nicht gegen den „Deutschen Verein“, da dieser ja erst nach ihnen gegründet wurde, um ihrem Wirken entgegenzuarbeiten. Der jüngste Verein ist der dänische Schulverein, der seit 1892 konfirmirte Knaben und Mädchen nach Dänemark auf Hochschulen oder sogenannte Nachschulen („Efter-skoler“) schickt. Er hat 1894 nicht weniger als 266, 1895 196, 1896 wieder 200 Schüler über die Grenze geschickt.

Aus alledem wird man sehn, daß die nordschleswiger Dänen durchaus nicht als verfolgte Unschuldige anzusehen sind. Dabei wolle man bedenken, daß unter ihnen nicht wenig Deutsche leben, die zum größten Teile dieselbe Umgangssprache, dieselben Interessen wirtschaftlicher Art haben. Unsere Kinder besuchen auch dieselbe Schule, wie die der Gegner. Warum treten denn die deutschgesinnten Nordschleswiger, die auch fast alle dänisch reden, nicht jenen Forderungen über Schul- und Kirchensprache bei? Weil es sich nicht um ein wirkliches Bedürfnis handelt, sondern nur um Aufrechterhaltung des geistigen Zusammenhangs mit Dänemark, um die stetige Schürung des Hasses gegen Deutschland und alles, was deutsch ist.

